



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe November 2005-II

Inhalt:

1. Weihnachten mit Melanie?
2. Kein Europa ohne soziale Gerechtigkeit
3. Rente: Opfer rücksichtsloser Unternehmenspolitik nicht bestrafen
4. Arbeitgeber zu Gast beim DGB in Mainz
5. Härtere Strafen - weniger Straftaten?
6. Junge Zuwanderer und Kriminalität in Berlin
7. Gewalt in engen sozialen Beziehungen
8. Kriminaldauerdienst
9. Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte
10. Weniger physische Gewalt an Schulen
11. Neues von der LIDL-Kampagne
12. Leserbrief aus Kibo:
13. Zur Erinnerung

1. Weihnachten mit Melanie?

Unsere Kollegin **Melanie Billen**, Vertrauensfrau der GdP für die PI und die KI in Wittlich, hat in Eigenproduktion eine CD mit Weihnachtsliedern zusammen mit einem Organisten und einem Chor produziert. Melanie ist als System- und Anwenderbetreuerin in Wittlich beschäftigt und macht diese Arbeit mit großer Freude und großem Engagement seit 5 Jahren. GdP-Bezirksvorsitzender **Josef Schumacher**: „Wir konnten uns bei einem GdP-Seminar bereits von ihren Sangesleistungen als Sopranistin überzeugen. Die Kolleginnen und Kollegen waren begeistert!“

Die CD kann unter MelanieBillen@aol.com zum Preis von 16 € bezogen werden.



www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99



2. Kein Europa ohne soziale Gerechtigkeit

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist mit dem Stand der Entwicklung eines sozialen Europas nicht zufrieden. „Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt müssen wieder ins Zentrum der Politik der Europäischen Union rücken“ sagte DGB-Vorsitzender **Michael Sommer** anlässlich des informellen Gipfels der EU-Staats- und Regionschefs im britischen Hampton Court.

3. Rente: Opfer rücksichtsloser Unternehmenspolitik nicht bestrafen

Die geplante Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre lehnt der DGB ab. Es wäre unverantwortlich, so die stellvertretende DGB-Vorsitzende **Ursula Engelen-Kefer**, die Opfer einer rücksichtslosen Personalpolitik in den Unternehmen mit hohen Abschlägen bei der Rente zu bestrafen.

4. Arbeitgeber zu Gast beim DGB in Mainz

Dem rheinland-pfälzischen Vorsitzenden der DGB **Dietmar Muscheid** war es gelungen, den Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall **Martin Kannegiesser** zu einem interessanten Gespräch über die Arbeitsbeziehungen in den Betrieben einzuladen. Kannegiesser hob in seinem Vortrag die wichtige Funktion der Gewerkschaften und Betriebsräte für die Erneuerung und den Erfolg der deutschen Wirtschaft hin und forderte gleichzeitig Lösungen, die den einzelnen Betrieben gerecht werden. Insgesamt dürfe man aber die Flächentarifverträge wegen deren Befriedungsfunktion nicht in Frage stellen. Besonders interessant waren die Ausführungen über seinen eigenen Betrieb und die ständige Mühe, sich den Erneuerungsprozessen der Globalisierung zu stellen.



5. Härtere Strafen - weniger Straftaten?

Der SPIEGEL berichtet über einen deutlichen Rückgang der Sexualmorde und -mordversuche zwischen 1981 bis 2004 in den alten Bundesländern von 81 auf 26 Fälle. *"Seit Ende der neunziger Jahre wurden die Gesetze kontinuierlich verschärft. Inzwischen gibt es die nachträgliche Sicherungsverwahrung und ein härteres Sexualstrafrecht, die Hürden für Haftlockerungen wurden erhöht."* Die Haftstrafen würden immer höher, die Zahl der Häftlinge hat sich von 2001 auf 2004 von 64.533 auf 81.166 gesteigert. Die Zahl der Personen im Maßregelvollzug habe sich seit Anfang der 90er verdoppelt.

Der SPIEGEL zitiert den Bundesvorsitzenden der **GdP Konny Freiberg** zum Anstieg der Gewaltdelikte um 3,5 %: *"Selbst bei geringen Anlässen treffen die Beamten auf ein immer aggressiver werdendes Klima."* Freiberg beklagt den Abbau von 7.000 Polizistenstellen seit 1998 - weitere 7.500 Streichungen sollen folgen.

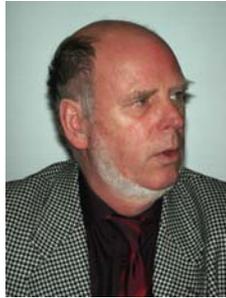


6. Junge Zuwanderer und Kriminalität in Berlin

Die Studie von Frank Gesemann bietet in gleichermaßen kompetenter und komprimierter Form die wichtigsten Informationen zum Thema Zuwandererkriminalität – am Beispiel der Stadt Berlin, aber nicht darauf beschränkt. Allen, die sich mit dem Thema, seiner Diskussion in den Medien und in der Öffentlichkeit und mit repressiven und präventiven Antworten beschäftigen wollen, sei dieses kleine, aber feine Studie ans Herz gelegt. Frank Gesemann, Junge Zuwanderer und Kriminalität in Berlin. Bestandsaufnahme – Ursachenanalyse – Präventionsmaßnahmen. Berliner Beiträge zur Integration und Migration. Berlin 2004. ISBN 3-938352-00-0.

Quelle: Polizei Newsletter

7. Gewalt in engen sozialen Beziehungen



MdL **Carsten Pörksen** (SPD) setzt sich dafür ein, dass die regionalen Lücken der Interventionsstellen im Land bald geschlossen werden. Dies deckt sich mit der Forderung der GdP, die schon zu Beginn der Gesetzgebung gefordert hatte, die Polizei durch soziale Betreuungsangebote zu unterstützen. Die Antwort auf die große Anfrage der SPD habe belegt, dass die Hilfsangebote für die Opfer entscheidend verbessert werden konnte. Pörksen führt dies auch auf die engagierte Arbeit der Polizistinnen und Polizisten vor Ort zurück.

8. Kriminaldauerdienst

MdL **Marlies Kohnle-Gros** (CDU) hatte sich in einer kleinen Anfrage für die Entwicklung des KDD interessiert. Die Zahl der im KDD eingesetzten PolizistInnen fiel seit 2000 von 75 auf 68 im Jahr 2004, teilte Minister **Bruch** mit. Die Verteilung im Land: KO: 16, TR: 13, MZ: 13, RP: 11, WP 15.

9. Angriffe auf Polizeibeamtinnen und –beamte

In einer weiteren kleinen Anfrage erkundigte sich MdL **Marlies Kohnle-Gros** nach den Angriffen auf PolizistInnen. Allerdings konnten die Fragen nicht umfassend beantwortet werden, da die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) Straftaten gegen Polizeibeamte nicht gesondert erfasst. Die Zahl der Widerstände (§§ 111, 113, 114, 120, 121 StGB) insgesamt hat sich seit 1993 von 842 auf 949 in 2004 erhöht. Seit 1993 wurden 16 Tötungsversuche an Polizeibeamten in RP registriert, davon 5 in KO, 7 in LU, 2 in MZ und 2 in TR, teilte Staatssekretär Hering mit.



10. Weniger physische Gewalt an Schulen

Die physische Gewalt an Schulen hat in den letzten zehn Jahren bundesweit abgenommen. Zu diesem Ergebnis kommt der Bundesverband der Unfallkassen (BUK)



in München in einer empirischen Untersuchung. Besonders deutlich ist der Rückgang bei den Hauptschulen. Dort sank die Raufunfallrate (Anzahl der Raufunfälle je 1.000 Schüler) von 48,6 im Jahr 1993 auf 32,8 im Jahr 2003. Sie ist aber nach wie vor deutlich höher als bei allen anderen Schularten.

Auch eine Zunahme der Brutalität in den Auseinandersetzungen konnte der Bundesverband nicht feststellen. Untersucht wurden alle Unfälle an Gymnasien, Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen, die Folge aggressiven Verhaltens zwischen Schülern waren und bei denen ein Arzt hinzugezogen werden musste. Diese Ergebnisse wurden mit den Zahlen aus den Vorjahren seit 1993 verglichen.

Die Studie gibt außerdem einen Überblick zum aktuellen Stand der schulischen Gewaltforschung und über die wichtigsten empirischen Ergebnisse zur Gewaltsituation an Schulen. Die oft angestellte Vermutung, ausländische Schüler seien verstärkt an Gewalthandlungen beteiligt, bestätigte sich nicht. Hier war die Tendenz sogar rückläufig.

Gleiches gilt für die Brutalität der Auseinandersetzungen. Auch hier konnte der BUK keine Zunahme feststellen. Die Frakturenquote als Maßstab für schwere Verletzungen hatte sich in keinem Schultyp erhöht. Sie war tendenziell sogar abnehmend. Rund 8,3 Millionen Schüler an Gymnasien, Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen waren im Jahr 2003 bei den Unfallversicherungsträgern der öffentlichen Hand versichert.

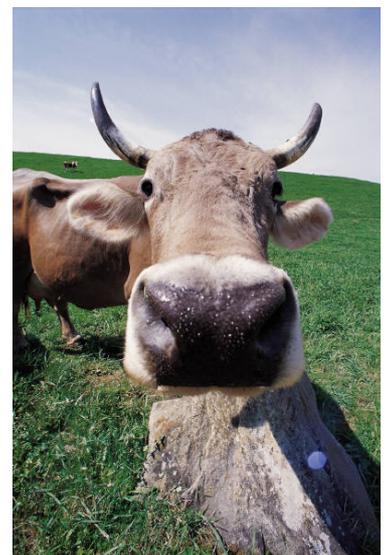
Unter www.unfallkassen.de gibt es weitere Informationen zur Schüler-Unfallversicherung. Hier kann unter dem Link „Statistik“ auch die aktuelle Untersuchung „Gewalt an Schulen“ heruntergeladen werden. Gewalt an Schulen. Ein empirischer Beitrag zum gewaltverursachten Verletzungsgeschehen an Schulen in Deutschland 1993-2003:

http://content.unfallkassen.de/uploads/510/Gewalt_an_Schulen.pdf

Quelle: Polizei-Newsletter

11. Neues von der LIDL-Kampagne

Im Rahmen einer bundesweiten Aktionswoche fanden in über 15 Städten verschiedene Aktionen gegen Lidl statt. Der Auftakt dazu wurde am 17.11. vor der Lidl-Konzernzentrale in Neckarsulm unter dem Motto "Lidl verramscht Nahrung, Umwelt, Menschenrechte!" gesetzt: **Attac**, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und BanaFair protestierten mit 25 Leuten, Banane und Milchkuh Lisa vor dem Tor gegen die weltweiten Dumping-Praktiken des Discounters. Ein Aktionsbericht mit Fotos findet sich unter <http://www.attac.de/lidl-kampagne/index.php?id=290>. Am Montag, 5.12.05, von 22.30 - 23.15 Uhr läuft im **SWR-Fernsehen** der Film "Die Billigheimer - Discounter und ihre Methoden", in dem auch die Attac-Aktionen in Göttingen und vielleicht auch in Neckarsulm vorkommen.





12. Leserbrief aus Kibo:

„Hallo Ernst,

um den kommenden Beförderungstermin der Polizei in Rheinland-Pfalz nicht zu gefährden, und um hierfür die erforderlichen finanziellen Mittel zu sichern, wurden vermutlich die Hersteller der Landeswappen für die rheinland-pfälzischen Uniformen durch das ISM angewiesen, am Nähfaden zu sparen !

Als ich am heutigen Sonntag zum Frühdienst kam, die Wache übernahm, mir die Ereignisse der Nacht erzählen ließ und anschließend die Vollzähligkeit meiner Kollegen(innen), sowie deren Erscheinungsbild überprüfte, musste ich feststellen, dass unbemerkt die ersten, aber nicht sehr auffälligen Sparmaßnahmen an der Uniform und der Erkennbarkeit gegriffen haben. Anders kann ich mir nicht erklären, warum der Kollege Jörg M. von der Kleiderkammer eine grüne Strickweste mit einem Ärmelabzeichen ausgeliefert bekam, bei dem im Schriftzug POLIZEI der Buchstabe "i" fehlt.

Vielleicht könntest Du ja `mal im ISM nachfragen, wie hoch hier die Einsparmöglichkeiten bei einem Buchstaben liegen und ob dies auch für die neue Uniform gilt.

Grüße aus KIBO
Stefan“



13. Zur Erinnerung

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Auto kaufen?

Verreisen?

PSW 06131/96009-23 oder -31

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www").

v.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de